

Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung, Ausschüsse und Ortsbeiräte der Stadt Brück (GeschO) vom 10.04.2025

Die Stadtverordnetenversammlung (SVV) der Stadt Brück hat aufgrund § 28 Abs. 2 Nr. 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 5. März 2024 (GVBl. I Nr. 10) in ihrer Sitzung am 10.04.2025 folgende Geschäftsordnung beschlossen:

Inhaltsverzeichnis:

Erster Abschnitt

Allgemeines und Stadtverordnetenversammlung

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Stadtverordnete
- § 3 Einberufung der Stadtverordnetenversammlung
- § 4 Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung
- § 5 Ratsinformationssystem
- § 6 Beschlussvorlagen
- § 7 Zuhörer
- § 8 Einwohnerfragestunde; Anhörung von Betroffenen und Sachverständigen
- § 9 Anfragen der Stadtverordneten
- § 10 Sitzungsablauf
- § 11 Behandlung der Tagesordnungspunkte, Unterbrechung und Vertagung
- § 12 Redeordnung
- § 13 Sitzungsleitung
- § 14 Mitwirkungsverbot
- § 15 Abstimmungen
- § 16 Einzel- und Gremienwahlen, Geheime Wahlen
- § 17 Niederschriften
- § 18 Bild- und Tonaufzeichnungen
- § 19 Fraktionen

Zweiter Abschnitt

Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung

- § 20 Fachausschüsse
- § 21 Verfahren in den Ausschüssen

Dritter Abschnitt

Ausschüsse nach besondere Rechtsvorschriften, Ortsteile

- § 22 Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften
- § 23 Ortsbeiräte und Ortsvorsteher

Vierter Abschnitt

Elektronische Medien, Kommunikation und Datenschutz

- § 24 Nutzung elektronischer Medien und Kommunikation
- § 25 Umgang mit Daten und Datenschutz

Fünfter Abschnitt

Schlussbestimmungen

- § 26 Funktionsbezeichnungen
- § 27 Inkrafttreten

Erster Abschnitt Allgemeines und Stadtverordnetenversammlung

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Geschäftsordnung gilt für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Ausschüsse, Beiräte sowie Arbeitsgruppen. Sie gilt ergänzend zu den gesetzlichen Bestimmungen, zur Haupt- und Einwohnerbeteiligungssatzung der Stadt.

§ 2 Stadtverordnete (§ 31 BbgKVerf)

- (1) Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung haben die ihnen aus der Mitgliedschaft in der Stadtverordnetenversammlung erwachsenen Pflichten zu erfüllen. Sie haben insbesondere an den Sitzungen der Gremien der Stadt Brück, denen sie angehören, teilzunehmen.
- (2) Im Falle ihrer Verhinderung haben Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung vor der Sitzung den Vorsitzenden sowie den Sitzungsdienst zu informieren. Bei Sitzungen der Ausschüsse ist zusätzlich der Stellvertreter zu benachrichtigen.

§ 3 Einberufung der Stadtverordnetenversammlung (§ 34 BbgKVerf)

- (1) Die Ladung zu den Sitzungen erfolgt elektronisch per E-Mail und unter Verwendung des **Ratsinformationssystems** auf der Startseite des Amtes Brück www.amt-brueck.de. Die Tagesordnung sowie alle zur Sitzung relevanten Dokumente werden unter Zugrundelegung der in § 5 festgehaltenen Rahmenbedingungen bereitgestellt. In schriftlich begründeten und nicht vermeidbaren Ausnahmefällen können Vorlagen nachgereicht werden.
- (2) Die Ladungsfrist beträgt mindestens 9 volle Kalendertage vor dem Tag der Sitzung. Die E-Mail mit der schriftlichen Ladung muss fristgerecht zugehen. (**regelmäßige Ladungsfrist**)
- (3) In dringenden Angelegenheiten kann die Ladungsfrist auf 4 volle Kalendertage vor dem Tag der Sitzung verkürzt werden (**vereinfachte Einberufung**). Die Dringlichkeit ist in der Ladung zu begründen.
- (4) Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung erfolgen grundsätzlich in Präsenz. Abgesehen von der konstituierenden Sitzung können einzelne Stadtverordnete auf begründeten schriftlichen Antrag an der Sitzung per Video teilnehmen. Voraussetzungen hierfür ergeben sich aus dem § 34 Abs. 1a BbgKVerf und individueller Lösungen in Abstimmung mit dem Vorsitz sowie dem Hauptverwaltungsbeamten.
Die Durchführung von geheimen Wahlen ist in diesen Sitzungen nicht zulässig.
Die per Video Teilnehmenden haben im nicht öffentlichen Teil der Sitzung sicherzustellen, dass die Nichtöffentlichkeit gewahrt bleibt und keine weiteren Personen die Sitzung verfolgen können.

§ 4 Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung (§ 35 BbgKVerf)

- (1) Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung setzt die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung im Benehmen mit dem Hauptverwaltungsbeamten fest.
- (2) **Anträge der Stadtverordneten** zur Aufnahme von Beratungsgegenständen müssen dem Vorsitz der Stadtverordnetenversammlung spätestens bis zum Ablauf des 13. Tages vor der Sitzung von mindestens einem Zehntel der gesetzlichen Anzahl der Stadtverordneten oder einer Fraktion schriftlich oder elektronisch benannt werden.
- (3) Bei Nichteinhaltung der Frist sind die Anträge in der Tagesordnung der darauffolgenden Sitzungsfolge aufzunehmen. Es sei denn es handelt sich um eine dringende

Angelegenheit, deren Behandlung nicht bis in die nächste Beratungsfolge aufgeschoben werden kann.

- (4) Tagesordnungspunkte zu denen Gäste referieren sind vorrangig zu behandeln. Die Redezeit ist mit den Gastrednern im Vorfeld der Sitzung abzustimmen.

§ 5 Umgang mit dem Ratsinformationssystem (RIS)

- (1) Das Ratsinformationssystem (RIS) ist ein webbasiertes Informationssystem, welches die Arbeit und den Sitzungslauf der Gremien der Stadt Brück erfüllt und abbildet. Es ist geteilt in einen öffentlichen Teil, der für jedermann über die Homepage des Amtes Brück www.amt-brueck.de uneingeschränkt einsehbar ist, sowie in einen nicht öffentlichen Teil, der nur bestimmten Nutzergruppen durch Verwendung von Zugangsdaten offensteht.
- (2) Alle Mandatsträger und sachkundigen Bürger (wenn diese dies wünschen) erhalten persönliche Zugangsdaten für das RIS, um auf alle öffentlichen und nichtöffentlichen Dokumente zu den Sitzungen der Gremien denen sie angehören über die Homepage des Amtes Brück zugreifen zu können.

§ 6 Beschlussvorlagen

Beschlussvorlagen müssen i.d.R. die entsprechende Beratungsfolge (Fachausschüsse) durchlaufen, bevor sie der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden. In Ausnahmefällen, wenn die Notwendigkeit sofortigen Handelns vorliegt oder keine Zuordnung zu einem Fachausschuss möglich ist, dürfen der Stadtverordnetenversammlung ohne Einhaltung der Beratungsfolge Beschlussvorlagen zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

§ 7 Zuhörer (§ 36 BbgKVerf)

- (1) An den öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung können Zuhörer nach Maßgabe der vorhandenen Plätze teilnehmen.
- (2) Zuhörer sind nicht berechtigt, das Wort zu ergreifen oder sich an den Beratungen zu beteiligen. Sie dürfen auch die Beratung nicht stören und keine Zeichen des Beifalls oder Missfallens geben. Zuhörer, welche die Ordnung stören, können vom Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung aus dem Sitzungssaal gewiesen werden.

§ 8 Einwohnerfragestunde; Anhörung von Betroffenen und Sachverständigen

- (1) Die nach § 3 der Hauptsatzung der Stadt Brück, in der jeweils gültigen Fassung und der Einwohnerbeteiligungssatzung der Stadt Brück, in der jeweils gültigen Fassung, vorzunehmende Einwohnerfragestunde findet zu Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung (Teil 1) und am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung (Teil 2) statt. Für Sitzungen, in denen nur nicht öffentlich zu behandelnde Gegenstände vorgesehen sind, gilt dies nicht. Die Gesamtdauer beider Teile der Einwohnerfragen soll 30 Minuten (jeweils 15 Minuten) nicht überschreiten.
- (2) Beschließt die Stadtverordnetenversammlung, zu einzelnen Tagesordnungspunkten zum Gegenstand der Beratung Betroffene oder Sachverständige zu hören, ist die Anhörung zu beenden, bevor Beratung und Abstimmung über den Gegenstand beginnen. Die Anhörung erfolgt gem. § 10 dieser Geschäftsordnung.

§ 9 Anfragen der Stadtverordneten

Anfragen der Stadtverordneten an den Hauptverwaltungsbeamten, die in einer Gremiumssitzung beantwortet werden sollen, können bis drei Arbeitstage vor der Sitzung per E-Mail an das Postfach anfragen@amt-brueck.de eingereicht werden. Diese sind kurz und sachlich abzufassen.

Die Beantwortung erfolgt in der Regel schriftlich und wird den Stadtverordneten zur jeweiligen Sitzung im Ratsinformationssystem (RIS) zur Verfügung gestellt.

Der Anfragende kann eine Zusatzfrage stellen. Ist die Beantwortung wegen der Kürze der Zeit, aus Gründen des Rechercheumfangs und/oder Rückantwort Dritter nicht möglich, ist die Anfrage in der folgenden Sitzung zu beantworten.

Gleiches gilt für mündlich in der Sitzung gestellte Anfragen, welche nicht direkt vom Hauptverwaltungsbeamten beantwortet werden können. Diese werden in der Niederschrift festgehalten und in der folgenden Sitzung beantwortet bzw. an alle Stadtverordneten per E-Mail übermittelt werden, wenn die nächste reguläre Sitzung nicht innerhalb von 14 Tagen nach Beantwortung der Anfrage stattfindet.

§ 10 Sitzungsablauf (§ 37 BbgKVerf)

- (1) Der Vorsitzende eröffnet, leitet und schließt die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung. In den Sitzungen handhabt er die Ordnung und übt das Hausrecht aus. Im Falle seiner Verhinderung treten seine gewählten Stellvertreter in der Reihenfolge ihrer Benennung als Erster oder Zweiter Stellvertreter an seine Stelle.
- (2) Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind grundsätzlich in folgender Reihenfolge durchzuführen:

Öffentlicher Teil:

- a) Eröffnung der Sitzung
- b) Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit
- c) Feststellung der Tagesordnung
- d) Bekanntgabe im nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse und Beschlusskontrolle
- e) Information zu wesentlichen Angelegenheiten der Stadt
- f) Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der letzten Sitzung
- g) Information aus der Ausschussarbeit
- h) Anfragen der Stadtverordneten
- i) Einwohnerfragestunde Teil 1
- j) *Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung*
- k) Einwohnerfragestunde Teil 2

Nichtöffentlicher Teil:

- l) Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der letzten Sitzung
- m) Information zu wesentlichen Angelegenheiten der Stadt und Beschlusskontrolle
- n) Anfragen der Stadtverordneten
- o) *Behandlung der Tagesordnungspunkte des nicht öffentlichen Teils der Sitzung*
- p) Schließung der Sitzung

§ 11 Behandlung der Tagesordnungspunkte, Unterbrechung und Vertagung

- (1) Die Stadtverordnetenversammlung kann die Tagesordnungspunkte
 - a) durch Entscheidung in der Sache abschließen,
 - b) verweisen oder
 - c) vertagen.

- (2) Der Antrag auf Entscheidung in der Sache geht bei der Abstimmung dem Verweisungsantrag, dieser dem Vertagungsantrag vor. Wird einem Antrag stattgegeben, sind die bei der Antragstellung vorliegenden Wortmeldungen noch zuzulassen.
- (3) Der Vorsitzende kann die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung unterbrechen. Auf Antrag von einem Viertel ihrer anwesenden Mitglieder muss er die Sitzung unterbrechen. Bei einer weiteren Unterbrechung ist für den Antrag die Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung erforderlich. Die Unterbrechung soll nicht länger als 15 Minuten dauern.
- (4) Nach 22 Uhr werden keine weiteren Tagesordnungspunkte aufgerufen. Der in der Beratung befindliche Tagesordnungspunkt wird abschließend behandelt. Die Stadtverordnetenversammlung kann gemäß § 34 Abs. 6 BbgKVerf mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder die Unterbrechung der Sitzung und deren Fortsetzung zur Behandlung der noch offenen Tagesordnungspunkte an einem anderen Termin beschließen (**Fortsetzungssitzung**). Der Beschluss muss Zeit und Ort der Fortsetzungssitzung bestimmen. Für die Fortsetzungssitzung erfolgt keine erneute Ladung. Nicht anwesende Gremienmitglieder sind per email durch den Sitzungsdienst zu informieren. Soll keine Fortsetzungssitzung beschlossen werden, sind die noch nicht aufgerufenen Tagesordnungspunkte in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung an vorderer Stelle auf die Tagesordnung zu setzen.

§ 12 Redeordnung

- (1) Reden darf nur, wer vom Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung das Wort erhalten hat. Wortmeldungen erfolgen durch Handheben. Zu einem Tagesordnungspunkt kann dem einzelnen Gemeindevertreter bis zu dreimal das Wort jeweils für ca. 5 Minuten erteilt werden.
- (2) Der Vorsitzende erteilt das Wort nach der Reihenfolge der Wortmeldungen, soweit nicht mit Zustimmung des Redeberechtigten hiervon abgewichen wird. Das Wort zur Geschäftsordnung ist jederzeit zu erteilen und darf sich nur auf den in der Beratung befindlichen Tagesordnungspunkt beziehen. Es darf dadurch kein Redner unterbrochen werden.
- (3) Dem Hauptverwaltungsbeamten ist auch außerhalb der Reihe der Wortmeldungen jederzeit das Wort zu erteilen.

§ 13 Sitzungsleitung (§ 37 BbgKVerf)

- (1) Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung kann
 - a) Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abweichen, zur Sache rufen,
 - b) Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zur Ordnung rufen, wenn deren Verhalten den ordnungsgemäßen Ablauf der Sitzung stört.
- (2) Ist ein Stadtverordneter in einer Sitzung dreimal zur Sache gerufen worden, so hat ihm der Vorsitzende das Wort zu entziehen und sollte es ihm in derselben Aussprache zum selben Gegenstand nicht wieder erteilen.
- (3) Ist ein Stadtverordneter in einer Sitzung dreimal zur Ordnung gerufen worden, kann ihm der Vorsitzende für die Dauer der Sitzung das Wort entziehen oder ihn des Raumes verweisen.

§ 14 Mitwirkungsverbot (§ 22 BbgKVerf)

- (1) Muss ein Stadtverordneter annehmen, an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilnehmen zu dürfen, so hat er dies dem Vorsitzenden **vor** Eintritt in die Beratung dieses Tagesordnungspunktes unaufgefordert anzuzeigen.
- (2) Ein Stadtverordneter, für den nach Absatz 1 ein Mitwirkungsverbot besteht, hat bei
 - a) öffentlichen Sitzungen weder an der Beratung noch an der Abstimmung teilzunehmen. Muss den Raum aber nicht verlassen.
 - b) nicht öffentlichen Sitzungen den Sitzungsraum zu verlassen.
- (3) Die Nichtmitwirkung (**Befangenheit**) ist in der Niederschrift festzuhalten.

§ 15 Abstimmungen (§ 39 BbgKVerf)

- (1) Grundsätzlich wird offen durch Handzeichen abgestimmt. Auf Verlangen eines Mitgliedes der Stadtverordnetenversammlung ist vor jeder Abstimmung der Antrag zu verlesen. Bei der offenen Abstimmung stellt der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung die Anzahl der Mitglieder fest, die
 1. dem Antrag zustimmen,
 2. den Antrag ablehnen,
 3. sich der Stimme enthalten.

Wird das Abstimmungsergebnis sofort nach der Abstimmung angezweifelt, so muss die offene Abstimmung vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes wiederholt werden.

- (2) Auf Verlangen von einem Mitglied der Stadtverordnetenversammlung oder einer Fraktion ist **namentlich** abzustimmen. Die Stimmabgabe ist in der Niederschrift festzuhalten.
- (3) Liegen zu dem Tagesordnungspunkt Änderungs- und Ergänzungsanträge vor, wird zuerst über den Antrag abgestimmt, der von der Sitzungsvorlage am weitesten abweicht. Bei Änderungs- und Ergänzungsanträgen mit finanziellen Auswirkungen hat der den Vorrang, der Mehrausgaben oder Mindereinnahmen bewirkt. In Zweifelsfällen entscheidet der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung.
- (4) Auf Antrag, der mit Stimmenmehrheit angenommen wurde, ist über einzelne Teile der Vorlage bzw. des Antrages gesondert abzustimmen. Über die Vorlage beziehungsweise den Antrag ist danach insgesamt zu beschließen.
- (5) Anträge zur Geschäftsordnung haben jederzeit den Vorrang und müssen vor Sachanträgen behandelt werden.

§ 16 Einzel- und Gremienwahlen, Geheime Wahlen (§§ 40 und 41 BbgKVerf)

- (1) Zur Vorbereitung und Durchführung von geheimen Wahlen ist aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung ein aus 2 Personen bestehender Wahlausschuss zu bilden.
- (2) Hat die Stadtverordnetenversammlung eine einzelne Person zu bestellen oder vorzuschlagen, wird diese nach §40 BbgKVerf gewählt, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.
- (3) Hat die Stadtverordnetenversammlung mehrere Mitglieder eines Gremiums zu bestellen oder vorzuschlagen, werden die Mitglieder und ihre Stellvertreter nach § 41 BbgKVerf gewählt, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist oder die Stadtverordnetenversammlung einstimmig ein anderes Verfahren beschließt..

- (4) Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung gibt das vom Wahlausschuss festgestellte Ergebnis der Wahl bekannt.

§ 17 Niederschrift (§ 42 BbgKVerf)

- (1) Der Hauptverwaltungsbeamte ist für die Erstellung der Niederschrift verantwortlich. Er bestimmt den Protokollführer.
- (2) Die Sitzungsniederschrift muss enthalten:
- a. den Ort, Tag, Beginn und Ende der Sitzung,
 - b. die Namen der anwesenden, entschuldigt und unentschuldigt abwesenden Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung,
 - c. die Namen der teilnehmenden Verwaltungsvertreter und anderer zugelassener Personen,
 - d. die Tagesordnung,
 - e. den Wortlaut der Anträge mit Namen der Antragsteller, den Wortlaut der Beschlüsse,
 - f. In Ausschüssen: Anfragen, sofern nicht unmittelbar sofort beantwortet
 - g. die Ergebnisse der Wahlen und Abstimmungen,
 - h. den Ausschluss und die Wiederherstellung der Öffentlichkeit,
 - i. das Abstimmungsverhalten jedes Mitgliedes der Stadtverordnetenversammlung, das dies verlangt,
 - j. bei namentlicher Abstimmung das Abstimmungsverhalten der Stadtverordneten und
 - k. die Namen, der wegen Befangenheit an der Beratung oder Entscheidung zu einzelnen Tagesordnungspunkten nicht mitwirkenden Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung.
- (3) Angelegenheiten, die in nicht öffentlicher Sitzung behandelt wurden, sind gesondert zu protokollieren.
- (4) Die Sitzungsniederschrift ist, spätestens mit der Ladung zur nächsten Sitzung den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung zur Verfügung zu stellen. Die Niederschriften aus den Fachausschüssen sollten spätestens 3 Tage vor der nächsten SVV in der Entwurfsfassung allen Stadtverordneten zugehen.
- (5) Soweit nicht im Einzelfall aus Gründen des öffentlichen Wohls oder zur Wahrung von Rechten Dritter etwas anderes beschlossen wird, wird die Öffentlichkeit über den wesentlichen Inhalt der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung unterrichtet. Dies erfolgt durch Veröffentlichung der wesentlichen Inhalte der Beschlusstexte auf der Internetseite des Amtes Brück (www.amt-brueck.de) im Ratsinformationssystem (RIS) in der jeweiligen Sitzung.

§ 18 Bild- und Tonaufzeichnungen (§ 36 BbgKVerf)

- (1) Bild- und Tonübertragungen sowie Bild- und Tonaufzeichnungen der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung durch Presse, Rundfunk und ähnliche Medien sind grundsätzlich zulässig, wenn alle anwesenden Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zustimmen.
- (2) Absatz 1 gilt für von der Stadtverordnetenversammlung selbst veranlasste Bild- und Tonübertragungen sowie Bild- und Tonaufzeichnungen entsprechend.

- (3) Zur Erleichterung der Fertigung der Sitzungsniederschrift sind Tonaufzeichnungen der vollständigen Sitzung zulässig. Sie sind gemäß § 42 Abs. 2 Satz 4 BbgKVerf nach der darauf folgenden Sitzung zu löschen.
- (4) Bild- und Tonübertragungen sowie Bild- und Tonaufzeichnungen, die nicht den Absätzen 1 bis 3 entsprechen, sind nicht zulässig.

§ 19 Fraktionen (§ 32 BbgKVerf)

- (1) Fraktionen sind Vereinigungen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung. Eine Fraktion muss mindestens aus 2 Mitgliedern bestehen. Fraktionen wirken an der Willensbildung und Entscheidungsfindung in der Stadtverordnetenversammlung mit.
- (2) Die Fraktionen haben dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung von ihrer Bildung unverzüglich schriftlich Kenntnis zu geben. Die Mitteilung hat die genaue Bezeichnung der Fraktion, die Namen des Fraktionsvorsitzenden, seiner Stellvertreter sowie aller der Fraktion angehörenden Stadtverordneten zu enthalten. Die einer Fraktion zustehenden Rechte kann sie nach Zugang der Mitteilung nach Satz 2 wahrnehmen. Veränderungen sind dem Vorsitzenden stets unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

Zweiter Abschnitt Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung

§ 20 Fachausschüsse (§ 44 BbgKVerf)

- (1) Die Stadtverordnetenversammlung bildet zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse und zur Kontrolle der Verwaltung aus ihrer Mitte Fachausschüsse und legt die Anzahl der Sitze fest. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einrichtung der Fachausschüsse unter den Voraussetzungen der Brandenburgischen Kommunalverfassung und hält diese per Beschluss fest.
- (2) Die Zahl der Sitze beträgt jeweils mindestens 5 Sitze.
- (3) Die Stadtverordnetenversammlung beruft in jeden Ausschuss 1 sachkundigen Einwohner je Fraktion.

§ 21 Verfahren in den Ausschüssen (§ 44 BbgKVerf)

- (1) Für Geschäftsgang und Verfahren der von der Stadtverordnetenversammlung gebildeten Ausschüsse gelten die Vorschriften des Ersten Abschnittes dieser Geschäftsordnung sinngemäß, soweit nicht gesetzlich oder in den folgenden Absätzen eine andere Regelung getroffen wird.
- (2) Die Öffentlichkeit soll über Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Ausschüsse durch Aushang in den in der Hauptsatzung der Stadt Brück, in der derzeit gültigen Fassung, aufgeführten Bekanntmachungskästen unterrichtet werden. Die Rechte gem. §4 Abs. 1 dieser Geschäftsordnung können von jedem Mitglied des Ausschusses geltend gemacht werden.

Dritter Abschnitt Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften, Ortsteile

§ 22 Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften

Die Bestimmungen des zweiten Abschnittes sind sinngemäß auch auf solche Ausschüsse der Stadt Brück anzuwenden, die auf besonderen Rechtsvorschriften beruhen, soweit diese Vorschriften nichts anderes bestimmen.

§ 23 Ortsbeiräte und Ortsvorsteher (§§ 46, 47 BbgKVerf)

- (1) Die Geschäftsordnung gilt für die Ortsbeiräte entsprechend.
- (2) Jeder Ortsvorsteher ist zu allen öffentlichen oder nichtöffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse zu laden, in denen Gegenstände behandelt werden, die Belange des Ortsteils berühren.

Vierter Abschnitt Elektronische Medien, Kommunikation und Datenschutz

§ 24 Nutzung elektronische Medien für die Kommunikation

- (1) Der Austausch von Einladungen, Tagesordnungen, Anträgen und sonstiger Unterlagen erfolgt auf dem Postweg in Papierform.
- (2) Stadtverordnete und sachkundige Einwohner können auf die Zusendung in Papierform verzichten. In diesem Fall werden ausschließlich Unterlagen auf dem Postweg zugestellt, welche nicht elektronisch vorliegen und/oder einer besonderen Vertraulichkeit unterliegen. Für die Zusendung an die Verwaltung kann in jedem Fall wahlweise auch der Postweg verwendet werden.
- (3) Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind durch die Verwaltung persönliche E-Mail-Postfächer in der Domäne des Amtes einzurichten.
- (4) Weitere elektronische Hilfsmittel, z.B. Cloud-Zugänge, Kommunikations-Anwendungen, können bereitgestellt werden, sofern diese in der Amtsverwaltung verfügbar sind. Ein Anspruch besteht nicht.

§ 25 Umgang mit Daten und Datenschutz

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, der Ausschüsse und der Ortsbeiräte dürfen vertrauliche Unterlagen mit personenbezogenen Daten nur für ihre gesetzlichen Aufgaben verwenden.

Personenbezogene Daten beziehen sich auf bestimmte oder bestimmbare Personen. Vertrauliche Unterlagen sind alle Dokumente, die als vertraulich gekennzeichnet sind oder personenbezogene Daten enthalten.

Diese Unterlagen müssen so aufbewahrt werden, dass Dritte keinen Zugang haben. Die Weitergabe an Dritte ist, außer an Vertreter, nicht erlaubt.

Auf Anfrage müssen sie dem Hauptverwaltungsbeamten Auskunft über gespeicherte Daten erteilen.

Vertrauliche Unterlagen sind sofort zu vernichten, wenn sie nicht mehr benötigt werden, insbesondere jedoch nach dem Ausscheiden aus der ehrenamtlichen Tätigkeit.

Fünfter Abschnitt Schlussbestimmungen

§ 26 Funktionsbezeichnungen

Sind in dieser Geschäftsordnung aus Gründen der Lesbarkeit und Verständlichkeit Funktionen mit einem geschlechtsspezifischen Begriff bezeichnet, beschreibt dieser Begriff die Funktion stets unabhängig von der Geschlechtsidentität der sie bekleidenden Person und gilt die jeweilige Bestimmung für das jeweils andere Geschlecht gleichermaßen und sind alle Geschlechteridentitäten einbezogen.

§ 27 Inkrafttreten

Die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brück, ihrer Ausschüsse und Ortsbeiräte tritt am Tage nach der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung, die am 04.09.2014 beschlossen wurde, außer Kraft.

Brück, den

Matthias Schimanowski
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Interner Hinweis:

Da die Geschäftsordnung nur organisationsinternes Recht der Vertreterkörperschaft regelt, unterliegt sie nicht den Formvorschriften für gemeindliche Satzungen und bedarf daher zu ihrer Wirksamkeit keiner öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt.

Die Veröffentlichung wird dennoch auf der Homepage des Amtes Brück unter entsprechender Rubrik vorgenommen.